

WIR 08.06.2012

Ein offener und transparenter Prozess

Lenkungsgruppe des Bildungsforums fordert externen Berater für Schulentwicklung

Iserlohn. Zur Behandlung des Themas Zweite Gesamtschule/Schulentwicklungsplanung im Rat gibt die Lenkungsgruppe des Bildungsforums Iserlohn diese Stellungnahme ab: „Der Rat der Stadt Iserlohn hat in seiner Sitzung vom 22. Mai mit dem Kompromiss von Bildungsbündnis und den übrigen Fraktionen leider eine weitere Möglichkeit verstreichen lassen, eine ehrliche und ergebnisoffene Debatte mit einer breiten Öffentlichkeit über die zukünftige Schullandschaft Iserlohns zu führen. Dabei begrüßt das BFI grundsätzlich die Tatsache, dass die bislang völlig gegensätzlichen politischen Lager innerhalb des Stadtrates nun wieder ernsthaft miteinander diskutieren. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in unserer Nachbarstadt Hemer sollte auch Iserlohn sich fragen, ob der dort sich abzeichnende Weg nicht auch für Iserlohn die bessere Lösung darstellen würde. Leider geht es in Iserlohn wieder nur um die Frage der Gesamtschulen anstatt um eine „große Lösung“ für Iserlohner Schulen, Schüler und Eltern.

Nachdem die zweite Gesamtschule in Hennen wegen der exorbitanten Kosten wirtschaftlich, wie auch schulpolitisch widersinnig wäre, wurden nun in einem politischen Formelkompromiss erneut Fakten geschaffen. Dabei soll-

ten aber folgende Punkte bzw. Fragestellungen nach Meinung des BFI nicht unberücksichtigt bleiben. Jeder Bürger Iserlohns sollte sich diesen Fragen stellen:

1.) Wir, das Bildungsforum Iserlohn (BFI), stellen in Frage, dass eine Entscheidung über den Bau einer zweiten Gesamtschule in Iserlohn ausschließlich von den Eltern eines Grundschuljahrganges, namentlich den Eltern der dritten Klassen entschieden werden sollte. Bei einer Entscheidung dieser langfristigen Tragweite sollten auch die Eltern der kommenden Jahrgänge involviert sein und natürlich auch die Eltern und Schüler aller übrigen weiterführenden Schulen, welche von den erheblichen Konsequenzen dieser Entscheidung ebenfalls betroffen sein werden. Ist es daher nicht wichtig und richtig, diese Entscheidung in die Hände aller Eltern von Schülern zu legen?

_____ Anzeiae

2.) Darüber hinaus weisen wir ein weiteres Mal darauf hin, dass auch die Entwicklung der zukünftigen Schülerzahlen Berücksichtigung finden muss! Schon im Jahr 2015 werden die Schülerzahlen in Iserlohn soweit gesunken sein, dass an der bestehenden 6-zügigen Gesamtschule am Nußberg lediglich rund 20 Schüler (demographisch bedingt weiter sinkend) abgewiesen werden müssten, wenn das relative Schulwahlverhalten der Eltern und Schüler gleich bleibt. Hier stellt sich für alle Bürger die Frage: „Wollen wir wirklich einen zweistelligen Millionenbetrag ausgeben, um für rund 20 Schüler Gesamtschulplätze zu errichten?“

3.) Zusätzlich darf man neben dieser einmaligen Investition natürlich nicht die jährlichen Folgekosten vernachlässigen. Die Verwaltung und das Büro Assmann beziffert diese Kosten auf rund drei Millionen Euro pro Jahr!

Noch im vergangenen Jahr wurde unter Beteiligung der Bürger und mit sehr großer Anstrengung eine Einsparung von rund 2,5 Mio. Euro durchgesetzt, um den Nothaushalt zu verhindern. Will man auch zukünftig nicht in den Nothaushalt abrutschen, müssen diese zusätzlichen drei Millionen Euro jedes Jahr erneut an anderer Stelle im kommunalen Haushalt eingespart werden. Diese notwendigen Einsparungen werden alle Bürger der Stadt Iserlohns, die Sportvereine, die Schwimmbäder, die sozialen Einrichtungen, die übrigen Schulen und Bildungseinrichtungen etc. betreffen. Müssen daher nicht alle Bürger der Stadt Iserlohn, in welcher Form auch immer, in diese Entscheidung eingebunden werden?

Auf Grund dieser wichtigen, von uns allen zu beantwortenden Fragen erneuert das BFI seinen Vorschlag einen externen Berater zu verpflichten (wie in Kleve und zukünftig wohl auch in Hemer). Dieser sollte nach Prüfung der Situation und Abwägung aller Handlungsmöglichkeiten Vorschläge unterbreiten. Durch einen solchen Schritt würde wie in Kleve geschehen, ein offener und transparenter Prozess unter Einschaltung einer breiten Öffentlichkeit in Gang gesetzt. Und am Ende eines solchen Prozesses sollten dann alle Bürger entscheiden.